

POLITIK

DP

Yes, we can't

Richard Graf

Auch fünf Jahre nach dem Wahldebakel von 2004, lässt der liberale Aufbruch auf sich warten.

Als die Liberalen 2004 rund ein Drittel ihrer Sitze im Parlament verloren, war ein Neubeginn angesagt. Charles Goerens, dessen persönliches Ergebnis im Norden immerhin reichte, um dort einen zweiten Sitz zu ergattern, rückte ebenso wie sein wirtschaftsliberaler Widersacher Henri Grethen in die zweite Reihe, um einer neuen, jungen Truppe Platz zu machen.

Weder Grethen noch Goerens treten zu den Landeswahlen im Juni an. Ersterer will ins Europaparlament, der andere hat sich schon vor einem Jahr in Richtung EU-Rechnungshof verabschiedet. Claude Meisch, der junge Parteipräsident und Bürgermeister von Differdingen, führt nun die DP in den Wahlkampf, die neben ihm auf SpitzenkandidatInnen in den einzelnen Wahlbezirken verzichtet.

Die DP war seit je eine Notablen-Partei, das heißt, sie setzte vor allem auf bekannte Namen - aus Politik, Wirtschaft und Sport sowie aus der Lokalpolitik. Das hatte in den letzten 25 Jahren dazu geführt, dass die personelle Erneuerung ins Stocken geriet: Eigentlich fehle der DP eine komplette Generation, so Claude Meisch gegenüber der woxx. Die End-Fünfiger machen jetzt den End-Dreißigern Platz. Dass die DP nach dem Schock von 2004 überhaupt zu einem solch radikalen Schnitt in der Lage wäre,

hatten ihr nur wenige zugetraut. Die Situation ist in der Tat neu für die DP: Sie musste ihren Spitzenkandidaten regelrecht aufbauen.

In Claude Meisch sahen viele eine Art Übergangskandidaten. Er sollte es erlauben, den wirtschaftsliberalen sowie den gesellschaftsliberalen Flügel zumindest so lange in Schach zu halten, bis die DP ihre ideologische Ausrichtung intern abgeklärt hat. Inzwischen - und zumindest bis zum Wahlabend am 7. Juni - scheint die politische Position von Claude Meisch gefestigt. Seine rhetorische Unsicherheit hat er überwunden. Wenn er eine Dreiviertelstunde lang ohne Versprecher und Aussetzer vor der Presse seine Sicht vom „état de la nation“ darlegt, dann wirkt er fast schon zu professionell, um dem Image des jungen, unverbrauchten Spitzenkandidaten gerecht zu werden.

Ob die DP-Wahlklientel diesen Weg mit beschreitet, bleibt abzuwarten. Bislang hat die auf die Person Meisch ausgerichtete Wahlstrategie jedenfalls nicht gefruchtet. Ein „Opbroch“, symbolisiert durch den Spitzenkandidaten, der das Jackett leger über seine Schulter wirft und zielstrebig nach vorne schaut - er ist noch nicht so recht zu verspüren. Der für die DP ungewohnte Ansatz, sich personell zu verjüngen, sollte zum Programm gemacht werden. Diese Idee stammt wohl noch aus einer Zeit, als ein junger, wenig bekannter Senator sich aufmachte, um Präsident der Vereinigten Staaten zu werden. Dessen

Rechnung ging bekanntlich auf, und auch die DP spart nicht an „yes, we can“- und „change“-Sprüchen - wovon man sich auf ihrer Homepage überzeugen kann.

Doch die Wirtschaftskrise, die seit einem halben Jahr die politische Diskussion dominiert, sie hat dem liberalen „Macher“ bislang wenig genutzt. Während Obama sein Konjunkturprogramm quasi aus der Opposition heraus vorschreiben konnte, blieb hierzulande der staatstragenden Opposition in den ersten Wochen keine andere Wahl, als den kurzfristig von der Regierung beschlossenen Maßnahmen zuzustimmen. Ob Teilverstaatlichung der Banken oder Konjunkturprogramm mit daraus folgender Staatsverschuldung: Wahrlich keine liberalen Ansätze, doch die DP musste sie durchwinken. Dem Vorwurf, man sei unvorbereitet in die Krise geschlittert, macht selbst ein Claude Meisch nur hinter vorgehaltener Hand. Er könnte nur allzu leicht auf jene Partei zurückfallen, die immer noch für sich in Anspruch nimmt, über die höchste wirtschaftspolitische Kompetenz zu verfügen.

Die Wahlanalyse 2004 hatte gezeigt: Vor allem junge WählerInnen hatten der DP den Rücken gekehrt. „Wir haben eine alte, treue Wählerschaft“, meint dazu Claude Meisch im Umkehrschluss. Doch um den Aufbruch hinzubekommen, muss die DP neue WählerInnen dazu gewinnen. Und auch hier dient Obama als Vorbild: Die „middle class“, einge-

deutsch in „Mittelschicht“, will Claude Meisch für sich gewinnen. „Damit meinen wir jene jungen Familien, in denen beide Elternteile arbeiten und die mit ihren mittleren Einkommen einen erheblichen Anteil am Steuereinkommen des Staates haben.“ Und weil diese Mittelschicht - neben dem Wunsch, nicht allzu viele Steuern zahlen zu müssen - auch einige Ansprüche in Richtung Staat stellt, entdeckt die DP ein von ihr bisher wenig beachtetes Politikfeld: die Familie.

Auch bei einer liberalen, auf sorgfältigen Umgang mit Steuermitteln ausgerichteten Partei scheint also Wahlkampf ohne Spendierhosen nicht machbar.

Zum einen soll die außerschulische Kinderbetreuung graduell binnen fünf Jahren vollkommen kostenlos werden. Das koste den Staat zwar Geld, doch zahle sich eine kluge Familienpolitik langfristig aus, erklärt die DP in ihrem Programm. Und ein zweites Problem will die DP auch gleich in Angriff nehmen: Ein Wohngeld, gestaffelt nach Einkommen und Kinderzahl, soll jungen Familien den Start in den neuen Lebensabschnitt einfacher machen.

Auch bei einer liberalen, auf sorgfältigen Umgang mit Steuermitteln

FOTO: DP



ausgerichteten Partei scheint also Wahlkampf ohne Spendierhosen nicht machbar. Ein Vorwurf, den Meisch zurückweist. Es gelte lediglich, die bislang mit der Gießkanne verteilten Familienzulagen neu zu bündeln. Für jedes Kind sollte der gleiche Geldbetrag aufgewendet werden. Mit dem natalistischen Prinzip, wonach das erste Kind weniger bekommt als die nachgeborenen Brüder und Schwestern, will die DP aufräumen.

Statt übertriebener und unüberlegter Geldausschüttung, sollen vom Staat finanzierte Dienstleistungen angeboten werden. Dass diese Umverteilung zu Lasten der GrenzpendlerInnen geht, gibt Meisch unumwunden zu. „Von den rund 700 Millionen Euro an Familienzulagen werden rund 300 Millionen exportiert. Das sind keine Peanuts!“, meint der DP-Präsident. Muss also auch eine DP auf nationalpopulistische Themen zurückgreifen, um Wahlkampf zu machen? Es sei nun einmal so, dass die Lebenshaltungskosten in den Grenzregionen weniger hoch seien als in Luxemburg, sagt Meisch: „Wir haben das Problem mit unseren liberalen Schwesterparteien

in der Großregion diskutiert, und die haben durchaus Verständnis für unser Position.“ Den Vorwurf des Elektoralismus will Meisch jedenfalls nicht gelten lassen. Als Bürgermeister einer Stadt, in der soziale Probleme nicht unbekannt sind, wisse er nur allzu gut, dass das viele Geld nicht unbedingt bei jenen ankommt, denen es zugeordnet ist - den Kindern nämlich. Und auch die Caritas habe bereits ähnliche Vorschläge gemacht, verteidigt sich Meisch, der die Aufregung des Premiers und seiner CSV hinsichtlich dieser Programmansätze nicht so recht nachvollziehen kann.

Als die DP es 1999 verstand, das Schulthema elektoral für sich auszunutzen, wurde das Land von der Parole „back to basics“ einer Anne Brasseur heimgesucht. Droht jetzt ein ähnlich hyper-paternalistischer Ansatz in der Familienpolitik? Aber vielleicht suchen die Liberalen ja nur nach einem Weg, die Gegenfinanzierung ihres familienpolitischen Programms offen zu legen, um sich nicht dem Vorwurf zusätzlicher Kostenverursachung auszusetzen.

Denn zumindest in dieser Frage sind die Liberalen sich treu geblieben: Steuererhöhungen sind ihnen ein Dorn im Auge. Auch wenn man die Mittelschichten dazu gewinnen will, so will man die alte Stammklientel des Mittelstandes nicht vergrätzen. Senkung der Gewerbesteuern und Anpassung der Steuertabelle an die Teuerungsrate, diese urliberalen Themen bleiben uns auch 2009 erhalten. Auch wenn die aktuelle Krise nach dem Eingriff des Staates (und somit der Vergabe öffentlicher Gelder) ruft, setzt die DP weiterhin auf eine Schlankheitskur bei den Staatsfinanzen. Im Visier haben Meisch und seine Truppen dabei die „Subventionitis“. Als Beispiel muss ausgerechnet die von einem liberalen Minister eingeführte Teilschubfinanzierung von Solaranlagen herhalten: Statt den Bau solcher Anlagen zu bezuschussen, soll der Staat Garantien und in besonderen Fällen Zinsvergünstigungen für Investitionskredite vergeben. Dann könnten auch weniger Betuchte, die eben nicht über die Gelder zur Eigenfinanzierung in Höhe von 80 Prozent verfügen, solche Anlagen einrichten. Auf Dauer wür-

den so alle profitieren: Der Staat, weil er weniger Subventionen zu vergeben hätte und die einzelnen Bürger, weil sich die Energieeinsparung langfristig rechnen.

Noch nicht festlegen will sich DP hingegen bei einer weiteren „Hausaufgabe“, welcher die hiesige Politik sich noch nicht gewidmet habe: Der Lösung der Rentenfrage. Gebetsmühlenartig habe man in den letzten Jahren gefordert, alle Sozialpartner an einen Tisch zu bringen, um zu klären, wie das Verhältnis von Umlage- und Kapitaldeckungsverfahren in Zukunft geregelt werden soll. Dass diese Fragestellung noch nicht eindeutig geklärt wurde, ist vielleicht auch ein Glücksfall für die DP: Das von den Wirtschaftsliberalen so sehr favorisierte Modell der individuell, auf Kapitaldeckung ausgerichteten Zusatzpension dürfte nach den jüngsten Entwicklungen sogar bei den - von Kaupthing und Lehman Brothers geschädigten - Mittelschichten in Verruf geraten sein.

